

Gesetzentwurf

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Gesetz zur Durchführung des Artikels 12 Absatz 2a Unterabsatz 1 der Verordnung
über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit
(EVTZ-Haftungsbeschränkungsgesetz – EVTZHaftbG)**

Gesetzentwurf

der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetz zur Durchführung des Artikels 12 Absatz 2a Unterabsatz 1 der Verordnung über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ-Haftungsbeschränkungsgesetz – EVTZHaftbG)

A. Problem

Während polnische Mitglieder eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) nach Maßgabe polnischen Rechts nicht für Verbindlichkeiten des EVTZ haften, haften brandenburgische Mitglieder unbeschränkt.

B. Lösung

Dieses Gesetz gestattet brandenburgischen Mitgliedern eines EVTZ, ihre Haftung zu begrenzen, wenn an diesem auch Mitglieder beteiligt sind, die nach Maßgabe des jeweils nationalen Rechts von der Haftung befreit sind (Beispiel Polen).

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Zur Gestattung der Haftungsbeschränkung ist eine nationale Vorschrift erforderlich. Mangels Verordnungsermächtigung bedarf es eines Parlamentsgesetzes.

II. Zweckmäßigkeit

Das Gesetz ermöglicht brandenburgischen EVTZ-Mitgliedern, ihre Haftung zu beschränken.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung Keine.

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

Entfällt.

E. Zuständigkeiten

Zuständig ist der Minister des Innern und für Kommunales.

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Durchführung des Artikels 12 Absatz 2a Unterabsatz 1 der Verordnung über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit

(EVTZ-Haftungsbeschränkungsgesetz – EVTZHaftbG)

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Haftungsbeschränkung

Ist die Haftung mindestens eines Mitglieds eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union nach Maßgabe des nationalen Rechts, dem dieses Mitglied unterliegt, beschränkt, so können die anderen Mitglieder ihre Haftung ebenfalls in der Übereinkunft beschränken.

§ 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Dr. Ulrike Liedtke

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die Europäische Union hat das Instrument des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zur Förderung territorialer Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften sowie anderer Einrichtungen des öffentlichen Rechts geschaffen. Der EVTZ beruht auf der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 19), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 1302/2013 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 303) geändert worden ist.

Von Ausnahmen abgesehen, besteht ein EVTZ aus Mitgliedern aus dem Hoheitsgebiet von mindestens zwei Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) 1082/2006). In Brandenburg handelt es sich insbesondere um Gemeinden und Landkreise, die sich seit einiger Zeit um die Gründung von EVTZ bemühen. Ein EVTZ unter brandenburgischer Beteiligung besteht bis heute nicht.

Die Mitglieder eines EVTZ haften gemäß Artikel 12 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Verordnung (EG) 1082/2006 grundsätzlich für dessen Schulden anteilig entsprechend ihrer Mitgliedsbeiträge, sofern die Aktiva des EVTZ nicht ausreichen, um dessen Verbindlichkeiten zu decken. Durch nationales Recht kann die Haftung derjenigen Mitglieder, die diesem Recht unterliegen, beschränkt sein. Das ist beispielsweise in Polen der Fall, sodass bei einem EVTZ, bestehend aus polnischen und brandenburgischen Mitgliedern, allein die brandenburgischen Mitglieder für Verbindlichkeiten des EVTZ haften würden. Diese Haftungsunterschiede können die Bereitschaft von brandenburgischen Akteuren zur Gründung von gemeinsamen EVTZ mit polnischen Partnern mindern, obwohl die Beteiligung zur Stärkung der Zusammenarbeit höchst wünschenswert wäre.

Artikel 12 Absatz 2a Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) 1082/2006 sieht für derartige Fälle vor, dass die anderen Mitglieder ebenfalls ihre Haftung beschränken können, sofern dies nach nationalen Vorschriften, denen diese Mitglieder unterliegen, gestattet ist. Dieses Gesetz gestattet brandenburgischen Mitgliedern eines EVTZ eine derartige Haftungsbeschränkung. Es hilft damit brandenburgischen Akteuren, EVTZ unter Beteiligung polnischer Partner zu gründen, da ein Haftungsgefälle verhindert werden kann. Gleichzeitig dient das Gesetz damit der Stärkung europäischer Zusammenarbeit, insbesondere mit Polen.

B. Besonderer Teil

Zu § 1

§ 1 eröffnet brandenburgischen Mitgliedern eines EVTZ die Möglichkeit, ihre Haftung zu beschränken, wenn die Haftung mindestens eines EVTZ-Mitglieds aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union nach Maßgabe des nationalen Rechts, dem dieses Mitglied unterliegt, beschränkt ist.

Zu § 2

§ 2 regelt das Inkrafttreten.